



Aktuelles aus dem Amt für Umweltschutz

Abt. Immissionsschutz und Umweltplanung



Schwerpunkte und Projekte
2016/17

Die Abteilung Immissionsschutz und Umweltplanung im Amt für Umweltschutz Rostock informiert im vorliegenden Bericht über wesentliche Ergebnisse, die im Jahr 2016 in den verschiedenen Aufgabengebieten der Abteilung erreicht werden konnten. In vielen Fällen stellen die nachfolgend aufgeführten Ergebnisse einen Zwischenstand dar, weil die Projekte weitergeführt werden oder sich neue Aufgaben unmittelbar daraus ableiten.

Seit April 2016 ist die Klimaschutzleitstelle direkt dem Rostocker Senator für Bau und Umwelt unterstellt und nicht mehr im Amt für Umweltschutz ansässig. Die Projekte, die Anfang 2016 vorbereitet wurden, wie bspw. der Klima-Aktionstag, STADTRADELN und der Energiesparwettbewerb, wurden noch gemeinsam durchgeführt und sind daher im vorliegenden Bericht aufgeführt.

Bei Interesse können vertiefende Details bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abteilung erfragt werden.

Stand: April 2017

Aus dem Bereich Immissionsschutz

Lärmaktionsplan (LAP) der 2. Stufe für den Ballungsraum Rostock

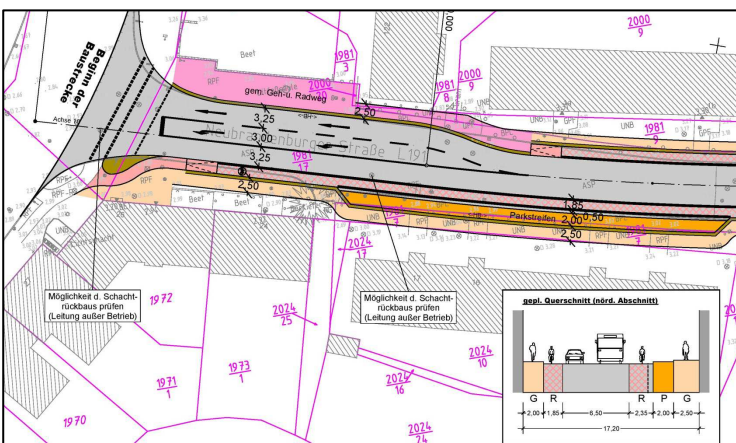
Der 14 Bereiche umfassende LAP Beitrag Schienenverkehr wurde im September 2016 abgeschlossen und Ende des Jahres durch die Bürgerschaft beschlossen. Für jeden der Bereiche wurden individuelle Maßnahmen erarbeitet, wie z.B. die Errichtung von Schallschutzwänden, Lückenschluss in der angrenzenden Bebauung, Erneuerung/ Umbau von Gleisanlagen, lärmrobuste städtebauliche Strukturen im Rahmen neuer Wohngebiete, Geschwindigkeitsreduzierungen, Maßnahmen an den Fahrzeugen.

Im Internetportal www.rostock-wird-leiser.de werden die aktuellen Informationen und Berichte mit

Maßnahmenkonzepten und Karten veröffentlicht sowie auch Umsetzungsprojekte dokumentiert. Die neue Lärmkartierung erfolgt 2017 im Auftrag des Landesamtes für Naturschutz, Umwelt und Geologie (LUNG). Die Ergebnisse sind Grundlage der 3. Stufe der Lärmaktionsplanung, die durch die Hansestadt Rostock 2018 vorgelegt werden muss.

E1: Alte Bahnhofstraße, Am Strom bis Kurve Alte Bahnhofstraße
E2: Schweriner Straße, Kuphalstraße bis Holbeinplatz
E3: Holbeinplatz
E4: Karl-Marx-Straße und Thomas-Müntzer-Platz
E5: Dethardingstraße und Hospitalstraße
E6: Parkstraße, Dethardingstraße bis Arno-Holz-Straße
E7: Laurembergstraße und Fahnenstraße
E8: Babststraße
E9: Borenweg
E10: Goethestraße
E11: Herweghstraße
E12: An der Kiesgrube
E13: Kunkeldanweg
E14: Gnatzkoppweg

Lärmarme Straßenbeläge



Im Rahmen der Lärmaktionsplanung wurde in Zusammenarbeit mit dem Amt für Verkehrsanlagen eine Machbarkeitsstudie zu lärmarmen Belägen am Beispiel der Neubrandenburger Straße erstellt. Aus den Erkenntnissen der Monitorings verschiedener Beläge in Rostock konnten Empfehlungen abgeleitet werden und in zwei Varianten der Straßensanierung einfließen. Die weiteren Planungsschritte zur Umsetzung des Projektes und somit der Lösung der Verkehrslärmkonflikte an diesem Brennpunkt erfolgen durch das Amt für Verkehrsanlagen.

Der Einsatz lärmarrer Fahrbahnbeläge ist eine wichtige Minderungsmaßnahme im Rahmen der Lärmaktionsplanung der 2. Stufe für den Ballungsraum Rostock. Daher wurden zwei weitere Aufgabenstellungen für die Blücherstraße und Herweghstraße formuliert, deren Erarbeitung in 2017 geplant ist.

Lärmuntersuchungen für die Außergastronomie Warnemünde

Durch Anwohner und Besucher von Warnemünde werden immer häufiger Beschwerden über Lärm auf Grund der Außergastronomie geäußert. Daher ließ das Amt für Umweltschutz für ausgewählte Bereiche mit hoher

Dichte an Außergastronomie die Geräuschimmissionen gutachterlich ermitteln. Das Untersuchungsgebiet wurde auf die Bereiche östlich und westlich des Alten Stroms, am Leuchtturm und auf die Mühlenstraße begrenzt. Ziel der Untersuchung war, Handlungsempfehlungen und Entscheidungshilfen für die Vergabe öffentlicher Flächen an Gaststättenbetreiber zum Zwecke der Außenversorgung zu erarbeiten. Es zeigt sich, dass insbesondere die nächtliche Nutzung der Außergastronomieflächen zu Konflikten mit der benachbarten Wohnnutzung führt. Deshalb hat die Stadtverwaltung Ende 2016 mit dem Ortsbeirat Warnemünde vereinbart, ein Mediationsverfahren durchzuführen, um ein verträgliches Miteinander von Gastronomie und Wohnen zu erreichen. Gemeinsam versuchen Gastronomen und Anwohner unter Wahrung des Gebietscharakters am Alten Strom Lösungen zu finden, die möglichst beiden Seiten gerecht werden. Die kürzlich geschlossene Vereinbarung gilt zunächst für ein Jahr. Bereits im Juni 2017 werden sich die Beteiligten treffen, um eine erste Zwischenbilanz zu ziehen.

Luftreinhalteplanung

Der seit 2008 für die Hansestadt Rostock verbindliche Luftreinhalteplan verfolgt das Ziel, die geltenden EU-Grenzwerte für Feinstaub und Stickoxide einzuhalten. Durch die Umsetzung zahlreicher Maßnahmen wie Temporeduzierung von 60 km/h auf 50 km/h auf der L22, Geschwindigkeitsüberwachung, Optimierung der Lichtsignalanlagen zur Harmonisierung des Verkehrsflusses und umfassender Öffentlichkeitsarbeit ist es auch im Jahr 2016 gelungen, den Grenzwert für Stickstoffdioxid von 40 µg/m³ an der kritischen Messstation in der Straße Am Strande/Ecke Grubenstraße zu unterschreiten. Die Stadt darf jedoch in ihren Anstrengungen nicht nachlassen, um eine Grenzwerteinhaltung bzw.-unterschreitung nachhaltig sicherzustellen. Gemeinsam mit dem Amt für Verkehrsanlagen und dem LUNG MV wird beispielsweise der Aufbau des umweltdatenbasierten Verkehrsmanagementsystems verfolgt. Hier konnte durch Einbindung und Testbetrieb eines „Prognosemoduls Umwelt“ in das System der Verkehrssteuerung 2016 ein entscheidender Fortschritt erreicht werden.

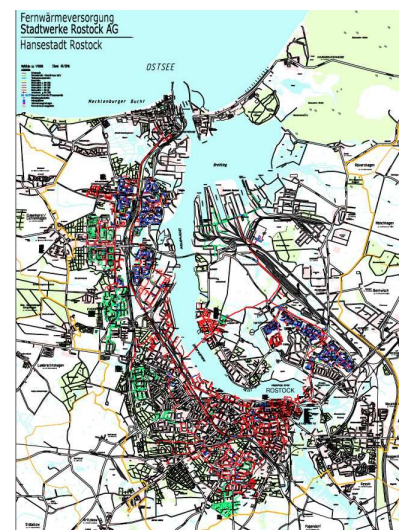
Die Einführung einer Umweltzone ist durch die Hansestadt Rostock derzeit nicht vorgesehen.

Im Fokus der Luftreinhaltung steht weiterhin auch die Schifffahrt - sowohl der Schiffsverkehr von und zu den Häfen als auch der Aufenthalt der Fahrgastschiffe am Kreuzfahrtterminal. Daher wurde das Messprogramm des LUNG-MV im Jahr 2015 um eine Messstation in Höhe Düne erweitert. Die Auswertung der Messdaten 2015/2016 ergibt die sichere Einhaltung aller überwachten Luftschadstoffkomponenten, dennoch sind insbesondere bei den Stickstoffoxiden von Mai bis August höhere Werte nachweisbar als bei den Hintergrundmessstationen. Bezüglich der aktuellen Luftschadstoffwerte durch den Schiffsverkehr wird auf die veröffentlichten Statusberichte zur Immissionssituation auf den Internetseiten des LUNG verwiesen (<https://www.lung.mv-regierung.de/umwelt/luft/lume.htm>).

Fernwärme / Energie und Klima

Rostock verfügt über ein ausgedehntes Fernwärmenetz, das zentral aus einer Gas- und Dampfturbinenanlage in Kraft-Wärme-Kopplung gespeist wird und damit über 40 % des Rostocker Wärmebedarfs abdeckt. Seit 2007 regelt die Fernwärmesatzung Rechte und Pflichten für den Anschluss an das Versorgungsnetz. Im April 2017 beschloss die Bürgerschaft die Novellierung der Satzung, die den technischen Fortschritt auf dem Gebiet der Wärmeversorgung sowie die gewachsenen Anforderungen durch die Klimaschutzziele aus dem „Masterplan

100 % Klimaschutz“ berücksichtigt. Ziele sind die weitere Erhöhung des Anschlussgrades und der Rückbau von mit fossilen Brennstoffen betriebenen Einzelheizungsanlagen. Dadurch werden örtlich CO₂-Emissionen verringert und die Luftqualität verbessert. In der Umstellung der Fernwärmeezeugung auf regenerative Quellen liegt ein immenses Potential für die Erreichung der CO₂-Minderungsziele. Das neue Satzungsgebiet und die von der Anschluss- und Benutzungspflicht erfassten Straßenabschnitte, die regelmäßig im Städtischen Anzeiger veröffentlicht werden, sind auf den Internetseiten der Hansestadt Rostock einsehbar.



Übersicht Fernwärmeleitungsnetz

Klimaschutzbericht

Die Hansestadt Rostock ist seit 1991 Mitglied im Klima-Bündnis. Es gehört zu den Aufgaben der Mitglieder, im regelmäßigen Turnus einen Klimaschutzbericht zu erstellen. Im Jahr 2015 wurden 3,77 t CO₂ pro Einwohner emittiert und damit fast 55 % weniger als im Basisjahr 1990 mit damals 8,35 t CO₂ pro Einwohner. Gleichzeitig

sank der Endenergiebedarf auf 16,69 MWh pro Einwohner gegenüber 19 MWh pro Einwohner im Jahr 1990. Im Bezug zum Vorjahr ist jedoch eine Stagnation zu beobachten.

Die Emissionen kommen zu 36 % aus Wärmebedarfsdeckung, zu 42 % aus Strombedarf und zu 22 % aus lokaler Mobilität und Transport. Insgesamt werden erst 4,2 % des Endenergiebedarfs aus erneuerbaren Energien gedeckt.

Projekt „Klimaschutz-Planer“ - zukünftige Bilanzierung Rostocks

Mit der Teilnahme am Projekt „Klimaschutz-Planer“ testete die Hansestadt Rostock das seit Mitte 2016 zur Verfügung stehende Bilanzierungsmodell für den kommunalen Bereich. Zukünftig wird der Bilanzrahmen insbesondere beim Verkehr erweitert, um aktuelle Berichtsanforderungen von Klima-Bündnis, EU-Konvent der Bürgermeister, Masterplan 100 % Klimaschutz etc. zu erfüllen und die Vergleichbarkeit im nationalen Rahmen zu verbessern.

Durchgangsverkehre sowie die Fernverkehre bis hin zu Flügen und Kreuzfahrten der Rostocker Bürgerinnen und Bürger wurden bisher nicht bilanziert. Absehbar ist für die Hansestadt Rostock eine Erhöhung um rund 1,5 t CO₂ pro Einwohner und Jahr, wenn der gesamte im Territorium der Hansestadt Rostock verortete Verkehr mit berücksichtigt wird. Die kommunale Steuerungsmöglichkeit von überregionalem Verkehr ist allerdings gering.

Durch die Teilnehmer am Projekt „Klimaschutz-Planer - Kommunalen Planungsassistent für Energie & Klimaschutz“ von Klima-Bündnis, IFEU-Institut und weiteren Partnern mit Förderung durch das BMU wurden neue Ansätze umfassend diskutiert.

Hanse Sail 2016

Die Hanse Sail gehört zu den renommierten Großveranstaltungen in MV und zieht jährlich tausende Besucher in die Hansestadt Rostock. Für die Anwohner sind mit dieser Großveranstaltung häufig auch Geräuscheinwirkungen verbunden, weshalb das Amt für Umweltschutz den Bühnenbetrieb und die Veranstaltungsbereiche regelmäßig immissionsschutzrechtlich überwacht. Wie schon in den vergangenen Jahren hatten Gäste und Anwohner wieder die Möglichkeit, das sog. Lärmtelefon zu nutzen, um ihre Probleme zu Geräuschbelästigungen durch die Hanse Sail direkt und schnell klären zu können. Für die Zeit der Hanse Sail wurde eine Rufbereitschaft eingerichtet und die Telefonnummer des Lärmtelefons vorab in der Presse veröffentlicht. Zusätzlich wurden Kontrollgänge im Stadthafen und in Warnemünde tags wie auch in den Abend-/ Nachtstunden durchgeführt. Beschwerden von Anwohnern gab es z.B. zum Abtun der Böller beim Kanonierstreffen in Gehlsdorf.

Aus dem Bereich Klimaschutz und Kampagnen

Klima-Aktionstag im Rahmen der alljährlichen Europäischen Mobilitätswoche

Das Amt für Umweltschutz war von Anbeginn Mitorganisator des Klima-Aktionstages. Im Mittelpunkt stehen regelmäßig Aktionen und Projekte, die den Einwohnerinnen und Einwohnern die Zusammenhänge zwischen der eigenen Mobilität und dem Klimaschutz vor Augen führen. Da der Klima-Aktionstag auch 2016 noch maßgeblich vom Amt für Umweltschutz mitorganisiert und betreut wurde, waren dessen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erneut tatkräftig im Einsatz und sicherten die Standbetreuung ab. Wie in den Jahren zuvor wurde die Lange Straße für den Autodurchgangsverkehr gesperrt und den Bürgerinnen und Bürgern sowie Rostocker Vereinen, Initiativen, Unternehmen und Organisationen zur kreativen umweltfreundlichen Mitgestaltung überlassen.



Ab 2017 liegt die Federführung für die Durchführung des Klima-Aktionstages bei der Klimaschutzleitstelle.

STADTRADELN 2016

Die Hansestadt Rostock beteiligte sich bereits zum siebten Mal an der bundesweit stattfindenden Aktion STADTRADELN - eine Kampagne des Klima-Bündnis e. V. zur Förderung des Radverkehrs innerhalb der Stadt. Die Grundidee: Kommunen und Landkreise motivieren ihre Bürgerinnen und Bürger für drei festgelegte Wochen auf das Fahrrad umzusatteln und die Autos stehen zu lassen.

Am **8. Mai 2016** fand der **STADTRADELN-Auftakt** in Rostock statt – auch in diesem Jahr mit der „Warnow-Tour“ als Partner. Das Ziel war in diesem Jahr der Eselhof in Schlage. Insgesamt nahmen in dem dreiwöchigen Zeitraum 2.206 Radlerinnen und Radler am STADTRADELN Rostock teil. Sie legten insgesamt 301.721 Kilometer zurück und

ersparten der Umwelt im Gegensatz zur Autofahrt über 42 Tonnen CO₂. Bundesweit belegte Rostock nach Abschluss der Aktion den Platz 24 – bei 496 teilnehmenden Kommunen.

Informationen zum STADTRADELN: www.stadtradeln.de

Informationen zur Warnow-Tour: www.warnowtour.com

Energiesparwettbewerb

Zum Schuljahresende 2015/2016 wurden die 21 Teilnehmer des 12. Energiesparwettbewerbs der Rostocker Schulen ausgezeichnet. Insgesamt wurden ca. 210 MWh Energie eingespart und über 58 Tonnen CO₂-Emissionen vermieden. Das Angebot der neuen Prämienberechnung, nachdem auch die Aktivitäten der Schülerinnen und Schüler bewertet werden, wurde durch 12 Schulen genutzt und wird für die kommenden Energiesparwettbewerbe fortgeführt.

Der Energiesparwettbewerb wird ab dem Schuljahr 2016/2017 direkt durch die Klimaschutzleitstelle weitergeführt.

Aus dem Bereich Umweltplanung/ Umweltmanagement

Umweltprüfungen

In der Abteilung ist die Fachstelle für die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) angesiedelt. Sie koordiniert alle Belange, die sich aus dem UVP-Gesetz ergeben. Die *Umweltverträglichkeitsprüfung* verfolgt das Ziel, umweltrelevante Vorhaben und Projekte vor deren Genehmigung auf mögliche erhebliche Umweltauswirkungen zu prüfen. Bei Planungen und Programmen spricht man dagegen von der (strategischen) *Umweltprüfung*. In beiden Fällen ist ein spezielles Prüfungsverfahren durchzuführen.

Ausblick zur Novellierung des Gesetzes zur Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) 2017

Anlass zur Änderung des UVPG ist die Anpassung des Bundesrechts an die Vorgaben der Richtlinie 2014/52/EU (UVP-Änderungsrichtlinie) des Europäischen Parlaments. Diese ist bis zum 16.05.2017 in den EU-Mitgliedstaaten umzusetzen. Neben den umzusetzenden Vorgaben aus der Änderungsrichtlinie besteht das Ziel, das Gesetz in einigen Punkten zu vereinfachen bzw. zu harmonisieren. Im Folgenden wird auf die wichtigsten Änderungen, die voraussichtlich im neuen Gesetz berücksichtigt werden, eingegangen:

- Einführung des Schutzgutes „Fläche“ zur stärkeren Wichtung von Flächeninanspruchnahmen
- Aufwertung des Schutzgutes „Klima“ durch einen globalen Betrachtungsansatz (z.B. Beitrag des Vorhabens zum Klimawandel durch Treibhausgasemissionen)
- bei den Umweltauswirkungen ist die Anfälligkeit von Vorhaben für schwere Unfälle oder Katastrophen zu berücksichtigen

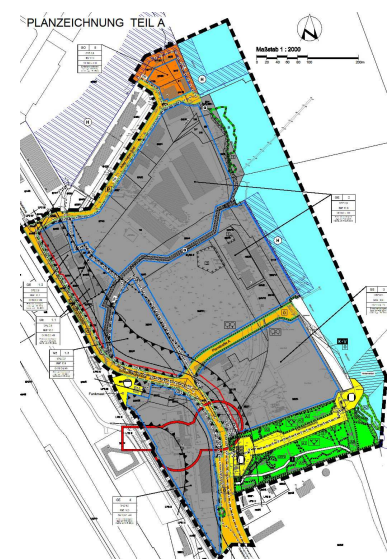
In einem UVP-Portal, das derzeit vom Land MV vorbereitet wird, kann sich die Öffentlichkeit künftig über aktuell laufende UVP-Verfahren im Land informieren. Momentan ist die Fertigstellung des UVP-Portals für Juni 2017 avisiert. Auch eine Reihe von Rahmenbedingungen (z. B. die Integration von Vorprüfungen und Bauleitplanungen) sowie die gesetzlichen Grundlagen sollen bis dahin geklärt werden.

Umweltberichte und Einzelfallprüfungen

Einen Schwerpunkt bildet die Umweltprüfung im Rahmen der Bauleitplanung. Durch den großen Wohnungsbedarf in der Hansestadt Rostock wurden 2016 wieder zahlreiche B-Pläne bearbeitet, in denen Umweltbelange (z.B. Lärm, Hochwasserschutz, Entwässerung, Flächenversiegelung etc.) eine gewichtige Rolle spielten, darunter beispielsweise die Bebauungspläne „Groter Pohl“ und „Ehemaliger Grenschlachthof Bramow“.

Im Umweltbericht werden die Umweltauswirkungen der Planung ermittelt, beschrieben und bewertet. Als Kernelement der Umweltprüfung stellt der Umweltbericht ein zentrales Instrument dar. Der Umweltbericht ist Teil der Begründung eines Bebauungsplans und dient der Information der Öffentlichkeit im Hinblick auf die Umweltverträglichkeit eines Vorhabens. Er soll in möglichst verständlicher und transparenter Form verfasst werden. Das Amt für Umweltschutz und das Amt für Stadtgrün, Natur und Landschaftspflege arbeiten dabei eng zusammen.

Für bestimmte Vorhaben (z.B. Einkaufszentren, Parkplätze etc.) muss zunächst in einer Vorprüfung des Einzelfalls ermittelt werden, ob ein umfassendes UVP-Verfahren aufgrund der Umweltauswirkungen erforderlich ist oder nicht.



B-Plan „Ehemaliger Grenschlachthof“

Neuaufstellung Flächennutzungsplan (FNP) 2035

Vielfältige Aufgaben ergeben sich für die Fachabteilung im Zusammenhang mit der begonnenen Neuaufstellung des Flächennutzungsplans. Erste methodische Grundlagen für die Erstellung sogenannter Steckbriefe wurden 2016 erarbeitet. Es ist vorgesehen, auf Grundlage einer weitreichenden Analyse der Umweltsituation und der vorhandenen Umweltqualitäten des Stadtgebietes die neuen Flächennutzungsplanungen umfassend umweltfachlich zu begleiten und zu bewerten. Diese Prozesse und Aufgaben werden im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung mit Erstellung des Umweltberichtes umzusetzen und wahrzunehmen sein. Dabei besteht die Zielstellung, sich aktiv in strategische Überlegungen und Konzepte zur Stadtentwicklung einzubringen und diese aus umwelt- und naturschutzfachlichen Gesichtspunkten mitzugestalten.

Hafenentwicklung

Die Begleitung von zahlreichen Studien, Plänen und konkreten Vorhaben zu Entwicklung und Ausbau der Rostocker Häfen und der zugehörigen Hafenwirtschaft ist mit vielfältigen Fragestellungen zur Umweltverträglichkeit verknüpft. Die nachstehenden Vorhaben wurden fachlich begleitet und werden auch in den folgenden Jahren in Bezug auf Konfliktbewertungen und -lösungen sowie Verträglichkeits- und Genehmigungsfragen einen Arbeitsschwerpunkt der Fachstelle bilden:

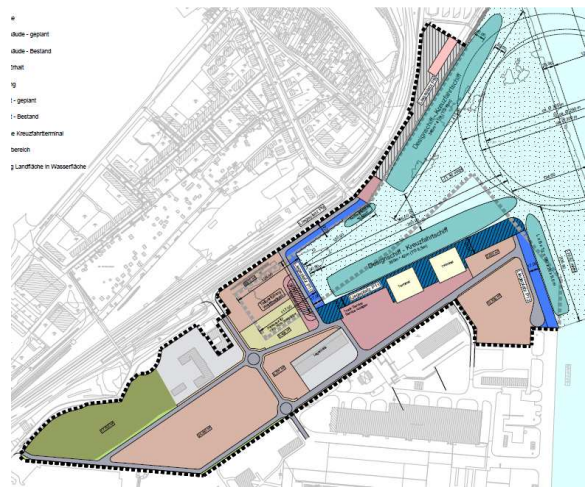
- Ausbau des Seehafens, Gutachten zu den Erweiterungsflächen Ost und West
- Werftbecken Warnemünde, Entwicklungskonzept mit Schwerpunkt Kreuzschiffahrt
- Ausbau, Umbau und Erneuerung von Liegeplätzen im Seehafen
- Rostocker Fischereihafen, Erweiterung Umschlag/ Lagerung mit BImSchG-Verfahren
- Seekanal Rostock, Ausbau und Vertiefung von 14,5 m auf 16,5 m.

Weitere Planungen

Darüber hinaus ergaben sich zahlreiche Aktivitäten und Beteiligungen bei verschiedenen Wohn-, Verkehrs- und Mobilitätskonzepten sowie bei Strukturplänen und -analysen für Stadt- und Ortsteile. Dazu zählen u.a. das „Strukturkonzept Warnemünde“, der Masterplan „Südliche Bahnhofsvorstadt“, der Rahmenplan „Ehemaliger Güterbahnhof“, der städtebauliche Wettbewerb zum „Wohnquartier Werftdreieck“ sowie die Verkehrsuntersuchungen für die Stadtteile Biestow und Gehlsdorf.



Planungsraumanalyse Biestow (Verkehrsuntersuchung, SHP)



Werftbecken Warnemünde, Variante Mehrzweckhafen (Inros Lackner)

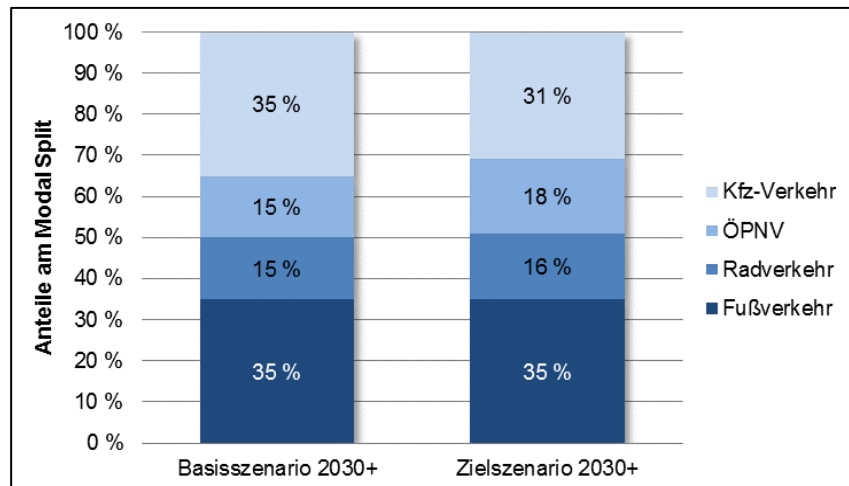
Strategische Umweltprüfung (SUP) zum Mobilitätsplan Zukunft (MOPZ)

Durch die UVP-Fachstelle wurde der Umweltbericht zum MOPZ begleitet und teilweise erarbeitet. Im Fokus des Umweltberichtes der SUP stand das Zielszenario 2030+. Hierzu wurden von den vorgeschlagenen Verkehrsmaßnahmen insgesamt 38 Vorhaben (PKW- und Radverkehr, ÖPNV) einer ersten umweltfachlichen Prüfung unterzogen. Dabei wurde festgestellt, dass die Vorhaben im MOPZ überwiegend mit geringen bis mittleren Umweltauswirkungen verbunden sind. Vier Maßnahmen gehen voraussichtlich mit erheblichen Umweltauswirkungen einher. Dazu zählen:

- Neubau einer Straßenspange zwischen Satower Straße und Nobelstraße
- Neubau einer Straßenverbindung zwischen der neuen Straßenspange und Südring
- ÖPNV-Erschließung des Wohngebietes Biestow mit durchgehender Straßenbahn-Ringverbindung
- Realisierung einer Warnowquerung für Radverkehr und Fußgänger zwischen Kassebohm und Stadtmitte

Für diese Vorhaben werden vertiefende Prüfungen bezüglich der Umweltverträglichkeit und Genehmigungsfähigkeit sowie ein Monitoring erforderlich sein.

Weiterhin wurde das Zielszenario 2030+ auch im Vergleich mit dem Basisszenario 2030+ betrachtet. Dieses beschreibt den Zustand, in welchem die bis Anfang 2016 prognostizierte Entwicklung unverändert eintritt.



Modal Split im Vergleich von Basisszenario 2030+ und Zielszenario 2030+ (Endbericht Szenarienvergleich, LK Argus GmbH)

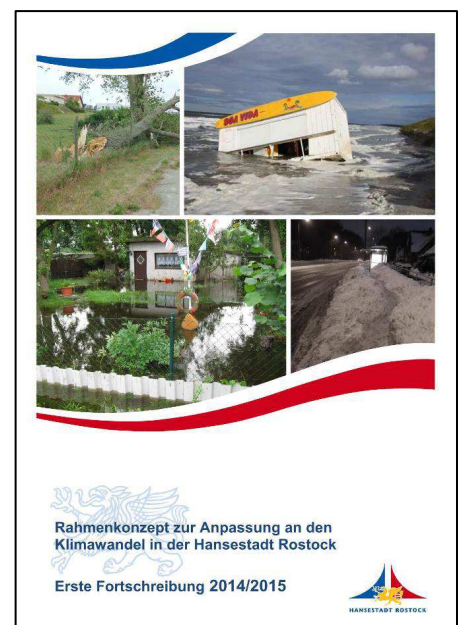
Die Analyse ergab folgende Aussagen:

- Im Vergleich zum Basisszenario sinkt der PKW-Anteil um vier Prozentpunkte, wohingegen der ÖPNV-Anteil um drei Prozent von 65 % auf 69 % steigt. Dies bedeutet eine weitere Stärkung des Umweltverbundes.
- Die Verkehrsbauvorhaben benötigen knapp 31 % bisher unbebauter Fläche im Stadtgebiet. Davon sind ca. 50 % bereits im FNP von 2009 ausgewiesen.
- Die Lärmbelastung geht in den Bestandsstraßen in der Regel zurück, an einem Lärmbrennpunkt nimmt sie zu. Als Grundlage weiterer Lärminderungsmaßnahmen muss der Lärmaktionsplan schrittweise umgesetzt werden.
- Auch die Belastung mit Luftschadstoffen (NO_x) geht in den höchstbelasteten Straßen zurück. Mehrbelastungen treten insbesondere auf den Neubaustraßen auf. Mit einer Überschreitung von Grenzwerten ist aber nicht zu rechnen.
- Der Ausstoß klimarelevanter Gase (CO₂) nimmt in der Pro-Kopf-Bilanz mit 3% nur leicht ab. Die im Masterplan 100% Klimaschutz verankerten Ziele können nicht annähernd erreicht werden.

Fasst man die Bewertungen aller Kriterien (Modal Split, Flächeninanspruchnahme, Lärm, Luftschadstoffe und Klimaschutz) zusammen, ergibt sich für das Zielszenario 2030+ eine leichte Verbesserung der Umweltsituation gegenüber dem Basisszenario 2030+, wenngleich Umweltziele nicht vollständig erreicht werden.

Rahmenkonzept Klimawandelanpassung

Mit dem Bürgerschaftsbeschluss vom 10.10.2012 zur Erarbeitung des Rahmenkonzeptes in der Hansestadt Rostock wurde zugleich der Auftrag erteilt, den darin enthaltenen Maßnahme- und Aktionsplan alle zwei Jahre zu aktualisieren. Die 1. Fortschreibung 2014/2015 berichtet über die Umsetzung der Ziele und schätzt in einem dreistufigen Bewertungssystem den Erfüllungsgrad der Maßnahmen ein. Eine große Herausforderung für die Fortschreibung und Umsetzung von Maßnahmen ist die Einbeziehung der Öffentlichkeit in den kommunalen Klimawandelanpassungsprozess. Das Handlungsfeld „Öffentlichkeit/ Bürgerengagement im Klimawandelanpassungsprozess“ steckt in Rostock noch in den Kinderschuhen. Deshalb soll die Möglichkeit genutzt werden, an zwei Projekten anderer Kommunen (Hansestadt Kiel sowie Umweltbundesamt) kooperativ mitzuwirken (geplanter Start 2017). Ziel ist es, Methoden kennen zu lernen, wie die Bevölkerung stärker mit eigenen Aktivitäten eingebunden sowie ein erhöhtes Bewusstsein für Klimaschutzthemen insgesamt erreicht werden kann.



Am 9. Dezember 2014 folgte der Beitritt der Hansestadt Rostock zum „**Mayors Adapt – Konvent der Bürgermeister zur Anpassung an den Klimawandel**“ – der europäischen Initiative für Städte und Gemeinden, die lokale Anstrengungen zur Anpassung an den Klimawandel unterstützt. Neben den Bemühungen den CO₂-Ausstoß zu reduzieren, soll die Widerstandsfähigkeit der Städte und Gemeinden gegenüber den unabwendbaren Auswirkungen des Klimawandels erhöht werden. Mit ihrem Beitritt hat sich die Hansestadt Rostock verpflichtet, die Kernziele der EU-Anpassungsstrategie in konkrete und wirkungsvolle Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel umzusetzen. Dazu zählen die Entwicklung einer umfassenden lokalen Anpassungsstrategie, die Integration der Anpassungsmaßnahmen in bestehende Aktionspläne innerhalb von zwei Jahren nach der Unterzeichnung sowie den Fortschrittsbericht über die Umsetzung im Rahmen der Initiative im 2-Jahres-Rhythmus.

Das „Rahmenkonzept zur Anpassung an den Klimawandel“ ist auf der Internetseite des Amtes für Umweltschutz veröffentlicht: www.rostock.de/umweltamt (→ Immissionsschutz → Umweltplanung → Stadtklima und Klimawandelanpassung)

Betriebliches Umweltmanagement in der Stadtverwaltung

Die Bürgerschaft beschloss bereits im Jahr 2005, in der Stadtverwaltung schrittweise ein Umweltmanagementsystem einzuführen. Dadurch sollte das Verwaltungshandeln umweltfreundlicher und nachhaltiger ausgerichtet und ein positives Beispiel für andere Institutionen und Unternehmen gegeben werden. Die Aktivitäten richten sich dabei vor allem auf die öffentliche Beschaffung sowie das kommunale Energie- und Mobilitätsmanagement.

Die Hansestadt Rostock nimmt seit 2008 am Wettbewerb Papieratlas teil. Mit diesem Wettbewerb sucht die Initiative Pro Recyclingpapier jedes Jahr die recyclingpapierfreundlichsten Städte und Hochschulen Deutschlands. Diese sind aufgerufen, ihren Papierverbrauch und ihre Recyclingpapierquoten transparent zu machen. Die Rostocker Stadtverwaltung setzte im Jahr 2015 über 96 % Recyclingpapier mit dem Blauen Engel ein. Einige Ämter der Stadtverwaltung, darunter das Amt für Umweltschutz, benutzen seit mehreren Jahren sogar zu 100 Prozent Recyclingpapier. Zukünftig plant die Stadt, den Anteil an Recyclingpapier zu erhöhen bzw. konstant zu halten.

Beispielhaft ist weiterhin die EMAS-Zertifizierung im Amt für Umweltschutz, mit dem das Amt über die höchste europäische Auszeichnung auf dem Gebiet des betrieblichen Umweltmanagements verfügt. Die nächste gutachterliche Prüfung erfolgt im Mai 2017.

Klimaneutrale Verwaltung

Für den Einstieg in das Projekt wurde 2011 eine Vorstudie für die Konzeption „Klimaneutrale Verwaltung“ beauftragt. Darauf aufbauend wurde eine Studie zur Herangehensweise und zur Durchführung erster Schritte für eine Eröffnungsbilanz der CO₂-Emissionen der Stadtverwaltung für das Jahr 2010 beauftragt. Im Fokus standen folgende vier Handlungsfelder: Kommunale Liegenschaften, Straßenbeleuchtung, kommunale Flotte sowie Dienstgänge/ Dienstreisen. Für das Jahr 2013 erfolgte eine erneute Bilanzierung der CO₂-Emissionen mit dem Resultat, dass die Stadtverwaltung innerhalb von drei Jahren den Energieverbrauch um rund 4 % und die CO₂-Emissionen um ca. 11 % verringern konnte.

Für 2017 ist dazu die Veröffentlichung eines Berichts für die Öffentlichkeit geplant.



Dienstwagen des Amtes für Umweltschutz, E-Smart